Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8616**
14. Wahlperiode 20. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Siegfried Helias, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5251 –

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Demokratisierungshilfe für die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion verstärken

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU beantragte unter Hinweis auf die Terroranschläge am 11. September 2001, über den Antrag in geänderter Fassung zu beschließen. Sie beantragte nunmehr, sofort eine Zentralasien-Initiative ins Leben zu rufen, die eine mittel- und langfristige politische und wirtschaftliche Stabilisierung der zentralasiatischen Republiken mit bewirken solle. Der interreligiöse Dialog solle mit Unterstützung der kirchlichen Hilfswerke, der politischen Stiftungen und der Goethe-Institute zu einem Schwerpunktthema gemacht werden. Mit den Staaten Zentralasiens solle unter Einbeziehung Russlands und Chinas ein Maßnahmenpaket zur regionalen Entwicklung und Vertrauensbildung vereinbart werden. In internationaler Kooperation solle intensiv gegen terroristische Netzwerke vorgegangen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5251 in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/5251 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Detlef Dzembritzki
Berichterstatter

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Detlef Dzembritzki, Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Angelika Köster-Loßack, Joachim Günther (Plauen) und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU in der Drucksache 14/5251 „Deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Demokratisierungshilfe für die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion verstärken“ in seiner 177. Sitzung am 22. Juni 2001 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001, der **Innenausschuss** in seiner Sitzung am 23. Januar 2002, der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** in seiner Sitzung am 4. Juli 2001 und der **Haushaltsausschuss** in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten. Die Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 73. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU beantragte, den Antrag dahingehend zu ändern, dass vor dem ersten Absatz die nachfolgenden Ausführungen eingefügt werden:

„Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 ist Zentralasien besonders in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Innerhalb weniger Stunden wurde eine breite Öffentlichkeit der Gefahren und Risiken gewahr, die von weltweit operierenden Terroristen wie denen der Al-Quaida-Organisation Osama Bin Ladens ausgehen.

Die plötzlich eingetretene Erschütterung über terroristische Anschläge bisher ungekannter Form und schrecklichen Ausmaßes hat die seit Jahren bestehende Diskussion um eine effektive Unterbindung latenter terroristischer Gefahren zum Hauptthema der internationalen Öffentlichkeit gemacht. Besonders die Tatsache, dass Armut, einhergehend mit politischer und wirtschaftlicher Instabilität, in Zentralasien wie auch in anderen Regionen der Erde den Nährboden für Fundamentalisten bereitet und bereitet hat, ist eines der Kernprobleme in Hinsicht auf eine dringend notwendige Stabilisierung Zentralasiens. Versäumnisse bei der Unterstützung des Transformationsprozesses der ehemaligen Sowjetrepubliken ebenso wie eine generelle Unterschätzung der Bedeutung Zentralasiens in der Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sind nur einige Aspekte, die ein umso schnelleres Handeln nun unausweichlich werden lassen.

Besonders dringlich sind nun aber in erster Linie entwicklungspolitische Maßnahmen, die das Fundament für eine darauf aufbauende Stabilisierung der Region, langfristig aus eigener Kraft der betroffenen Länder, legen.

Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 160 Mio. DM in Form eines zivilen Stabilitätspaktes für Afghanistan sind nun dringend erforderlich, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung durch Mittelkürzungen im Entwicklungsetat und durch Umstrukturierung der Förderkategorien für Entwicklungsländer Zentralasien zuvor bereits nahezu in die Bedeutungslosigkeit verabschiedet hatte. Einzig eine Zentralasien-Initiative, nicht aber viele Worte des Bundeskanzlers und der Entwicklungsministerin könnte ansatzweise ausgleichen, was die Bundesregierung jahrelang in Zentralasien versäumt hat. Alle Bemühungen um eine Stabilisierung Asiens können sich nicht alleine um Afghanistan drehen, sondern müssen die politisch und wirtschaftlich instabilen, geostrategisch aber höchst wichtigen zentralasiatischen Republiken mit einbeziehen.“

Auf Seite 4 des Antrags sollten vor Nummer 1 folgende Nummern 1 bis 5 eingefügt werden:

1. „Sofort eine Zentralasien-Initiative ins Leben zu rufen, die eine mittel- und langfristige politische und wirtschaftliche Stabilisierung der zentralsasiatischen Republiken mitbewirkt und einer weiteren Destabilisierung Zentralasiens durch terroristische Aktivitäten entgegenwirkt.

2. Im Rahmen einer Zentralasien-Initiative auch den interreligiösen Dialog mit Unterstützung der kirchlichen Hilfswerke, der politischen Stiftungen und der Goethe-Institute zu einem Schwerpunktthema zu machen.

3. Im Rahmen einer solchen Zentralasien-Initiative auch ein flexibles Instrument einer Soforthilfe im Falle humanitärer Katastrophen einzubauen und Programme zur Bekämpfung der Armut, eines Nährbodens des islamistischen Extremismus, aufzulegen.

4. Mit den Staaten Zentralasiens unter Einbeziehung Russlands und Chinas ein Maßnahmenpaket zur regionalen Entwicklung und Vertrauensbildung zu vereinbaren.

5. In internationaler Kooperation intensiv gegen terroristische Netzwerke vorzugehen, gerade auch in Hinsicht auf deren finanzielles und militärisches Potenzial. Geldquellen wie die Beherrschung des Rohopiummarktes durch islamistische Rebellen, aber auch der Handel mit militärischer Ausrüstung müssen konsequent verfolgt und verhindert werden.“

Die bisherigen Nummern 1 bis 14, 16 und 17 sollten die Nummern 6 bis 21 erhalten, die bisherige Nummer 15 sollte entfallen.

Die Fraktion der CDU/CSU führte zu dem Änderungsantrag aus, seit dem 11. September 2001 rücke die Region der zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion in das Zentrum der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Bemühungen. Mit den nachträglich vorgenommenen Ergänzungen umschreibe der Antrag in sehr umfassender Weise das, was in Zentralasien notwendig sei und was Bestandteil einer deutschen Zentralasien-Initiative sein müsse. Man halte den Antrag für notwendig, weil das, was vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits bekannt gegeben worden sei, die Fraktion der CDU/CSU mit großer Sorge erfülle. Die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern habe in den letzten Jahren eine rückläufige Tendenz verzeichnet. Die Regionaltitel, aus denen bislang die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens finanziert worden sei, sollten künftig entfallen. Deshalb sei es notwendig, nun die entsprechenden Verstärkungen vorzunehmen.

Nach wie vor sei es so, dass die Länder Zentralasiens, gerade was Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Achtung von Menschenrechten angehe, Defizite aufwiesen. Deshalb dürfe man die Länder Zentralasiens als Folge des Terrorismus nicht so unterstützen, dass dort die Meinung aufkomme, man könne mit repressiven Systemen weiterregieren. Es sei vielmehr notwendig, in diesen Ländern auf Reformen zu drängen und die Länder dabei zu unterstützen, eine aktive Zivilgesellschaft aufzubauen. Auf diesen Aspekt solle deutscherseits jetzt noch größerer Wert gelegt werden. Die Fraktion der CDU/CSU beantrage, dem Antrag in der geänderten Fassung zuzustimmen.

Die Fraktion der SPD sah für die Ausführungen im Änderungsantrag keine Notwendigkeit. Sie fand es nicht angemessen, dass der Eindruck hervorgerufen werde, als liege von Seiten der Bundesregierung eine Vernachlässigung dieser Region vor. Sie machte darauf aufmerksam, dass von der Bundesregierung beabsichtigt sei, insbesondere die politischen Stiftungen in der Region tätig sein zu lassen. Im Übrigen verwies sie auf die Unterstützung, die die Region von der Weltbank und anderen internationalen Organisationen erhalte.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachtete den Antrag als überholt. Das BMZ habe mit Datum 19. Dezember 2001 ein neues Zentralasienkonzept vorgelegt, in dem eine intensivere Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern vorgeschlagen werde und wonach auch die überregionale Kooperation stärker gefördert werden solle.

Die Fraktion der FDP sah den Antrag als nicht erledigt an, weil er Forderungen enthalte, die von strategischer Bedeutung seien und in nächster Zeit konsequent in Angriff genommen werden sollten.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung empfahl mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag in der geänderten Fassung abzulehnen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Detlef Dzembritzki
Berichterstatter

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333